

## Politische Rundschau.

Deutschland.

\* Über die neu erlangte erfolgte Missionshandlung eines deutschen Missionars in Khabia sind zwar weitere Aufklärungen noch nicht eingegangen; man ist aber hier vollkommen überzeugt, daß der Hebel in ausreichender Weise geführt werden wird, ohne dazu schärfere Maßnahmen getroffen zu werden brauchen.

\* Nach neueren Nachrichten sind die Einladungen zur Sauerländer Konferenz bereits ergangen. Die Konferenz wird voraussichtlich im Herbst stattfinden.

\* Die Stelle des Landeshauptmanns der Marischall-Inseln wird nun doch neu besetzt werden. Der bisherige Landeshauptmann Dr. Kramer wird vornehmlich eine etatmäßige Stelle in der Kolonial-Abteilung erhalten, in der er schon seit fast einem halben Jahr beschäftigt ist. Im Kolonialrat ist der Vorschlag gemacht worden, die sämtlichen Chefs der Verwaltungen in den Schutzgebieten mit dem Titel von Gouverneuren zu versehen. Vielleicht wird diese Titeländerung in Erwägung gezogen mit der einzigen Ausnahme der Marischall-Inseln, wo der Chef den Titel Landeshauptmann behalten würde.

Oesterreich-Ungarn.

\* Der österreichische Reichsrat wird, wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, im Februar wieder zusammentreten, auch wenn die Ausgleichsaktion im böhmischen Landtag erfolgt bleibt. Nach der Einberufung des Parlaments wird die Aenderung der Sprachenverordnungen für Böhmen veröffentlicht werden. Sollte sich im Abgeordnetenhaus die Wiederherstellung normaler Zustände als unmöglich erweisen, dann werde die Auflösung des Reichsrates und die Ausschreibung von Neuwahlen erfolgen.

\* Infolge der fortgesetzten Tschechenzüchtigung in Prag werden die Hauptstrassen der Stadt abends wieder militärisch belebt. — Die deutschen Studenten wollen färmlich die Prager Universität verlassen.

Frankreich.

\* Aus bester Quelle verlautet, daß sich unter den in einem Bankinstitut untergebrachten Papieren des Obersten Picquart auch 18 Briefe des Generals Gonse befinden, aus denen hervorgeht, daß schon im Oktober 1896 die Verhaftung Sterhazys wegen der Urheberschaft des Bordereaus beschlossene Sache war. Der General Boisdeffre gab den Sachen eine andere Wendung. Nicht bloß General Gonse, sondern alle Offiziere des Generalstabs waren von der Unschuld des Hauptmanns Dreyfus überzeugt.

\* Emile Zola ist am 7. Februar vor das Schurgericht geladen worden. Es heißt, Faure habe gewünscht, daß keine Anklage gegen Zola erhoben werde. Der Kriegsminister drohte mit Rücktritt und setzte so seinen Antrag durch. Zola tritt sehr siegesgewiß auf und erklärt, nicht er, sondern Melville, Villot, Mercier und Boisdeffre würden auf der Anklagebank Platz nehmen.

\* Der norwegische Dichter und Politiker Björnson erhielt einen Brief an Emile Zola gerichtet. Er sieht darin den französischen Kollegen als den „größten Helden unserer Zeit.“ der das Schwerste zu vollbringen suchte, nämlich der Welt einen Platz zu entziehen. Björnson erklärt, er benedict Zola um seine geschilderte Lage, da er gegen Millionen vorwärts gegangen sei mit Leid und Schweiß, und das Schauspiel geboten habe, das Frankreich heute nötig habe.

\* Der frühere Justizminister Darlan ersägt in einem gut veröffentlichten gekommenen Schreiben, er habe niemals irgendwie die Revision des Dreyfus-Prozesses versprochen.

England.

\* Das englische Werbesystem thut nicht mehr rechte Dienste und die Geschäftigkeit des englischen Heeres verschlechtert sich, wie bei dem indisch-afghanischen Grenzkrieg

und im Sudanfeldzug offenbar wurde. Die Bemühungen, das Heer zu reorganisieren, dauern fort. Der Ausschuß, welcher mit der Reorganisation betraut ist, hatte in der letzten Zeit mehrere Sitzungen. Es wurde beschlossen, eine Vermehrung des Heeres um 15 000 Mann zu fordern.

\* Bei der Königl. Niger-Gesellschaft in London ist eine Depeche von großer Bedeutung eingetroffen. Der Sultan von Sokoto, das Haupt der Gläubigen in Mittel-Sudan, hat endlich die ihm angebotene Unterstützung von 3000 Pfund angenommen, nachdem er die Annahme abgelehnt hat. Damit hat er sich in die Loslösung zweier seiner besten Provinzen, Nupe und Ilorin, endgültig gefügt. Sein Sohn, der Sultan von Gauja, unter dessen direkter Autorität die beiden Provinzen standen, hat erklärt, daß er seinen Vertrag mit den Briten auch für sich als bindend erachtet. Den Eröffnungen der Franzosen wolle er kein Gehör schenken. Die Niger-Gesellschaft hatte erwartet, daß die Beziehungen zu dem mächtigen Sultan von Sokoto nach dem Sieglichen Feldzuge George Goldies noch recht lange gespannt bleiben würden. Aber sie pflegte in den letzten Monaten mit beiden Sultanen einen lebhaften Schriftwechsel. Dadurch wurden die Schwierigkeiten überwunden. Das Sultanat von Sokoto-Reich ist mehrere Mal so groß wie England. Es zählt 20—30 Mill. Einwohner.

Italien.

\* Im Auswärtigen Amt steht allem Anschein nach ein Wechsel in der Leitung bevor. Aus Anlaß des Todes seines 17jährigen Sohnes hat Visconti Benoista, der nach der letzten Krise nur widerwillig im Kabinett blieb, entschieden die Abstimmung des Konservativen ausgetragen. Auf die Nachricht, daß Audini ihm persönlich Beileid auszusprechen wünschte, antwortete er blos, man möge ihm erneute Erfüllung erlauben und ihn beobachten, als sei er tausend Meilen von Rom. Es bestehen nur schwache Hoffnungen, den Rücktrittsversuch rückgängig zu machen, der das Kabinett in neue Verlegenheiten bringt.

Rußland.

\* Wie die „Röhr. Ztg.“ aus Petersburg zu berichten weiß, sind amüsant des russischen Neujahrsefestes wichtige militärische Veränderungen für die westlichen Nachbarn Russlands unbestimmt vorgegangen, nämlich die Bildung zweier neuer Armeekorps an der deutschen und österreichischen Grenze in Wilna und Kiew. Die Überraschung sei sehr groß, da niemand ahnte, daß Rusland, das Schweine in Asien, England und Japan gegenüber Bewegungen habe, unter steter Betonung des Friedens in Europa eine derartige Verstärkung seiner Weststreite vornehmen werde. Auch die notwendigen Reihungen an Kavallerie und Spezialwaffen seien im letzten Jahre in aller Stille erfolgt, so daß die jewige Truppenvermehrung über den Rahmen aller seit Alexander III. geschaffenen einmaligen Vermehrungen hinausgehe.

Santos.

\* Der Sultan hat sich gegen die Kandidatur des Bringen Georg für den kretischen Gouverneursposten ausgesprochen.

Amerika.

\* Kurz vor der deutschen Aktion gegen Haiti hatte der Präsident Sam in seinem „Staatsanzeiger“ eine genaue Übersicht über die gesamte Wehrkraft der Republik veröffentlicht, welche geradezu überwältigende Mitteilungen enthält. Danach hat Haiti nicht weniger als 1370 Generale und über 3000 sonstige Offiziere, welche eine Armee von 16 000 Mann befehligen. — Dieser Überfluß an militärischem Genie ist übrigens nur gering gegenüber denjenigen „Armee“, welche der frühere Kaiser Faustinus I. zu seiner und des Reiches Ehre mit glänzenden Uniformen ausgezeichnet hatte. Damals hatte Haiti gar 5500 Generale, 7000 andere Offiziere und 6000 Mannschaften; außerdem hielt sich der Kaiser 140 Kammerherren und ernannte für seinen Hofstaat 54 Herzöge und 300 Grafen, von denen viele ihre Würde bis heute beibehalten haben.

## Drei Schwestern.

21) Roman von C. v. Berlepsch.

(Fortsetzung)

Otto hatte stets gegegen, wohl in der Meinung, seine Freizeit erledigte auch Bertha und Magda das Leben. Als aber beide aus dem Hause waren und die Anforderungen seiner Schwestern immer mahlloser wurden, hielt er es für geboten, ihre Briefe unbeantwortet zu lassen.

Seit der Zeit wußte er nichts Näheres, nur was er in Zeitungsberichten sah, wie des Grafen und Oldenburgs Tod. Seine Weilesbriebe an Magda und Bertha fanden als unbestellt zurück. Von Marianne und ihren Kindern erhielt er keine Zeile.

So waren ihm alle Vorgänge in der Familie unbekannt geblieben. Man dachte daher sein Erstaunen, als er in den neuen gefeierten Tänzerin Magda erkannte. Er konnte kaum das Ende des Balletts erwarten, dann war er hinuntergezogen und hatte seine Karre im Magdas Garderobe geschickt.

Gestunt und mehr fast noch erschrockt hatte sie den Namen gesehen und ließ bitten sie am Ausgang des Theaters zu erwarten. Mit siegender Lust stellte sie sich um und befahl dann dem Wädelchen allein nach Hause zu fahren und ihrer Schwester einen Besuch anzuhängen.

Sie trat dorthin und wurde mit einem Freudentzu empfangen. Ihr selbst war so bekannt, daß sie kein Wort der Vergebung für ihn hatte.

Otto, in der ersten Freude des Wiederschens,

gewahrte dies nicht logisch. Endlich aber mußte ihm doch wohl ihr gängliches Stummeln auffallen.

Was ist dir, Magda? Du sagst kein Wort.

„Ah, Otto! Ich Prima Ballerina! Ich dachte, daß schon an sich wäre eine ganze Geschichte.“

„Ja, was veranlaßte dich denn dazu?“

„Die Not, Otto, die Not. Papa hatte mich entzweit. Ich hatte gegen Marianne einen Prozeß angestrengt, der schon mein ganzes und einen Teil von Berthas Vermögen verschlungen hatte. Sollte nicht alles nutzlos gewesen sein und wollte ich nicht lebenslang Berthas Schuldnerin bleiben, so mußte ich auf Erwerb denken.“

„Und ich fiel euch gar nicht ein?“

„Ah, Otto, du hastest dich damals so schnell und auf so ratselhafte Weise von uns getrennt — o las mich schweigen, aber Bertha hat es beimal das Herz gebrochen.“

„Bertha? Und wo ist sie jetzt?“

„Hier in Petersburg, mit mir zusammen.“

Jetzt war Otto seinerseits verstimmt. Er sollte sie wiedersehen! Der Gedanke war drausend für ihn, und die Erwartung so groß, daß er unwillkürlich vorwärts strebte, Magda mit sich fortzuführen. Wie würde er sie finden?

Er mußte sich gewaltig zur Ruhe zwingen. So ungekümmt floßte sein Herz, daß ihm der Atem versiegte und er einen Augenblick stehen bleiben mußte, um Luft zu schöpfen.

Magda gewahrte von dem allen nichts, sie hatte nur den einen Gedanken, wie freudig Bertha überrascht sein würde.

## Aus dem Reichstage.

Im Reichstag wurde am Mittwoch die Beratung über den Zentrumsantrag betr. Verschärfung der Unfruchtbarkeits-Bestimmungen (v. Dr. Henze) fortgesetzt und der Antrag schließlich an eine Kommission verwiesen. In der Debatte traten die konservativen, Zentrums- und antisemitischen Redner für den Antrag ein. Sozialistischer Geh.-Rat Fischer wies die Erzählung Bebels am vorigen Mittwoch über angebliche Standardszenen bei einem Regelkeller in Dresden als ungutstellend zurück. Die Abg. Beck und Benzmann (fr. B.) erklärten, sie seien nicht Gegner der Tendenz des Antrages, aber die gegen Bibl. und Schriftsteller gerichteten Bestimmungen wären für ihre Partei unannehmbar. Zwischen den Abg. Zimmermann (Ant.) und Bebel (soz.) fanden sich Auseinandersetzungen bezüglich der wiederholten Behauptung des letzteren, daß auf dem Fest des deutschen Reglerbundes in Dresden Verstöße gegen die Sittlichkeit vorgekommen waren.

Abg. Fischer (Sozialdemokrat): Es kommen Einschätzungen vor, die nur aus der Begierde des Arbeitgeber gegen die Sozialdemokraten zu erklären sind. Im Reichstag des Innern waltet heute sicher nicht mehr der Geist, der vor zehn Jahren dort herrschte. Die Sozialreform ist zum Stillstand gelangt, ohne daß ein Antrag dazu vorliegt. Die Regierung will zeigen, daß sie den Arbeitern gegenüber Mut hat. Wir nehmen den Kampf auf.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Diejenigen, die der Meinung waren, die Sozialdemokratie sei eine wirtschaftliche Reformpartei geworden, werden durch diese Art einer Pefferlei belehrt worden sein. Es ist unwahr, daß sich die Tendenz des Klasse lediglich gegen die Arbeitnehmer richtet. Es ist immer unwahr, daß die Kaiserin gegen die Arbeitnehmer steht.

Die zweite Plenarberatung wird im heiligen Reichstag am 20. Februar stattfinden, Titel „Staatssekretär“, fortgesetzt.

Abg. Fechner (fr. B.): Ich kann den Abg. Beck und Benzmann (fr. B.) erläutern, daß die Tendenz des Antrages nicht mehr der Geist ist, der sich dem Streik nicht entstellen läßt. Abg. Fischer spricht von den Willen-Konventionen der Unternehmer, aber nicht von dem Recht, das diese tragen. Was die Sozialpolitik anbetrifft, so ist auf diesem Gebiete in Deutschland so viel geschehen, wie in keinem andern Lande, selbst in keiner Republik. In unserem Volke wußtet aber die dynastische Idee so viel, daß sich drei revolutionäre Ideen nie verwirklichen können. Die bürgerlichen Parteien aber sollten endlich einsehen, daß es höchste Zeit ist, Schritte gegen die Sozialdemokratie zu ziehen. Nur dann wird es uns gelingen, die sozialdemokratische Sturmflut einzudämmen.

Abg. Jörns (nat. lib.): Der Erfolg ist nach meiner Meinung durchaus gerechtfertigt. Die Arbeitnehmer, die sich einem Streik nicht anschließen, haben einen Anspruch auf den Schutz des Staates gegen Ausschreitungen. Deshalb hat auch der Graf des Grafen Posadowsky in vielen Herzen Widerhall gefunden.

Abg. Beck (fr. B.): Ich befürworte energische Maßnahmen gegen den Gang von Singolden.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärte, Deutschland sei bei internationalen Vogelschutz-Konventionen vertreten, es könne also auch nicht allein, sondern nur nach einer Aenderung der Konvention vorgehen. Die Regierung steht aber der Anregung sympathisch gegenüber.

Darauf wird die Weiterberatung fortgesetzt.

## Reichstagsabend.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Mittwoch die Staatsrede beendet. Nach einer kleinen Kulturstunde wurde im der Abg. Pöschl (fr. B.) die Anregung des Abg. v. Stumm, die Gesandtschaft beim Botschafter zu erweitern, aufgezogen, aber gegen bestimmte Kautullen, daß eine solche Maßnahme nicht wieder zur Stärkung der Sozialdemokratie beiträte. Das Sozialistengesetz einschließlich des Befreiungskampfes zu bringen, hat sich jedenfalls als ein großer Fehler erwiesen. Das werden auch die nächsten Wahlen uns beweisen. Der Sozialdemokrat spricht neulich von Ausschreitungen der Arbeitgeber. Er wollte es schon als solche angesehen wissen, wenn die Arbeitgeber bestimmte Arbeitnehmer nicht annehmen. Aber die Arbeitgeber haben doch auch die Freiheit, sich die Arbeitgeber auszusuchen. Ausschreitungen auf der Seite der Arbeitgeber kommen ebenfalls lange nicht so häufig vor, wie solche von Arbeitern. Somit ist es auch als erlaubt anzusehen, daß diese Ausschreitungen nicht nur von nichtorganisierten Arbeitern ausgehen, sondern zum großen Teile auch von Mitgliedern ihrer Arbeitgeberorganisationen. Die Organisationen sind aber meist den sozialdemokratischen Verschreibungen dienstbar. Über die katholischen Arbeitervereine habe ich mein Urteil, von den evangelischen aber weiß ich, daß ein großer Teil derselben der Sozialdemokratie unbedingt nahe steht. Abg. Fischer hat neutral von der Kulturarbeit der Sozialdemokratie gesprochen. Diese Aufgabe ist: die Religion, die Familienliebe, die Liebe zur Familie, die Sittlichkeit zu verteidigen, Unzufriedenheit, Reid und Habgier in den Arbeitern zu wecken. Im zahlreichen Artikel sozialdemokratischer Blätter kommt das klar zum Ausdruck. Ich werde daher die Sozialdemokratie weiter bekämpfen und meine Arbeit gegen die Tyrannie derselben schützen. Ich kann das nicht, um die Freiheit der Arbeitnehmer zu beschützen, sondern, um die Arbeitnehmer zu schützen. Deshalb hat sich der Botschafter beim Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt. Die übrigen Teile des Staates wurden in ähnlicher Weise der Budgetkommission überwiesen.

Am Donnerstag stand im Abgeordnetenhaus das politische Anfeindungsgeley zur Beratung. Der Anfeindungsgeley soll von 100 auf 200 Mill. erhöht und die Gestaltungsgrenze (31. März 1907) geändert werden. Fürst Lichtenstein erklärte, eine angreifende Tendenz gegen die Polen habe das Gesetz nicht. Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt. Die übrigen Teile des Staates wurden in ähnlicher Weise der Budgetkommission überwiesen. Nächste Sitzung Montag.

## Von Nah und Fern.

Münster a. M. In Münster wurde am Mittwoch die Staatsrede beendet. Nach einer kleinen Kulturstunde wurde im der Abg. Pöschl (fr. B.) die Anregung des Abg. v. Stumm, die Gesandtschaft beim Botschafter zu erweitern, aufgezogen, aber gegen bestimmte Kautullen, daß die Botschaft gegen die Pole habe das Recht nicht. Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt. Die übrigen Teile des Staates wurden in ähnlicher Weise der Budgetkommission überwiesen.

Am Donnerstag stand im Abgeordnetenhaus das politische Anfeindungsgeley zur Beratung. Der Anfeindungsgeley soll von 100 auf 200 Mill. erhöht und die Gestaltungsgrenze (31. März 1907) geändert werden. Fürst Lichtenstein erklärte, eine angreifende Tendenz gegen die Polen habe das Gesetz nicht.

Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt.

Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt.

Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt.

Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt.

Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt.

Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt.

Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt.

Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt.

Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare Erklärung gegen die Vorlage ab. Gleichzeitig wurde der Antrag des Abg. v. Stumm auf die Befreiung der Botschafterkommission zur Beratung des Eisenbahntarifes abgestellt.

Abg. v. Jagdzewski (Vol.) gab eine klare